

DATENSCHUTZ

KONKRET

Recht | Projekte | Lösungen

Chefredaktion: Rainer Knyrim

Digitale Souveränität

Digitale Souveränität ist nur im Verbund erreichbar

Interview mit Roland Ledinger, Bundesrechenzentrum

**Wie viel digitale Souveränität steckt in der
EU-Digitalregulierung?**

Mirjam Tercero, Christof Tschohl

DSGVO im Kontext transatlantischer Spannungen

Michael Mrak, Michael Staudacher

Digital Omnibus: Auswirkungen auf die Datenschutzpraxis

Rifat Büyükyorulmaz

Checkliste Auswahl von (Sub-)Auftragsverarbeitern

Hans-Jürgen Pollirer

OLG Wien: Intransparente Datenschutz-Klauseln in AGB

Viktoria Haidinger, Michael Löffler

BVwG: Verantwortung für Fehlverhalten Mitarbeitender

Viktoria Haidinger, Michael Löffler

Digitale Souveränität ist nur im Verbund erreichbar

Interview mit Roland Ledinger, Bundesrechenzentrum. Geopolitische Krisen und Konflikte rücken die Notwendigkeit digitaler Souveränität in den Fokus. Wie aber ist es in Österreich und Europa darum bestellt? Rahmenbedingungen, Maßnahmen und Projekte skizziert BRZ-Geschäftsführer Roland Ledinger im Interview.

Datenschutz konkret: Der Begriff der digitalen Souveränität wird häufig verwendet, aber unterschiedlich interpretiert. Welche Dimensionen umfasst der Begriff aus Ihrer Sicht? Und wie kommt dabei die öffentliche Verwaltung ins Spiel?

Roland Ledinger: Nicht zuletzt durch Cloud Computing und durch die Entwicklungen bei Künstlicher Intelligenz ist die Thematik in den letzten Jahren ins Scheinwerferlicht gerückt. Große Hyperscaler, die von US-amerikanisch dominiert sind, bieten bequeme Lösungen, die einfach zu implementieren sind – eben dies geht jedoch auf Kosten der digitalen Souveränität.

Der Begriff umfasst technologische, wirtschaftliche und rechtliche Dimensionen. Für die öffentliche Verwaltung ist es essenziell, die Unabhängigkeit zu wahren, um digitale Technologien unabhängig von externen Einflüssen nutzen zu können. Wir müssen zu jeder Zeit die Kontrolle über Daten, Infrastruktur, Plattformen und Algorithmen behalten. Geopolitische und damit einhergehende technologische Abhängigkeiten sind nach Möglichkeit zu reduzieren bzw. am besten ganz zu eliminieren.

Datenschutz konkret: Als zentraler Dienstleister der öffentlichen Verwaltung trägt das Bundesrechenzentrum (BRZ) hierbei eine besondere Verantwortung ...

Ledinger: Das BRZ ist das Kompetenzzentrum für die Digitalisierung in der Bundesverwaltung und damit Teil der kritischen Infrastruktur. Sicherheit und Verlässlichkeit sind für uns zentral, wenn es um die Bereitstellung von IT-Services geht. Unsere Server stehen zu 100 Prozent in Österreich. Wir sehen aber auch, dass IT-Systeme heute größer gedacht werden müssen und dass es dafür europäische Zusammenarbeit benötigt. Dazu ist das BRZ in der Allianz der europäischen Verwaltungs-IT-Dienstleister EURITAS vernetzt.

Datenschutz konkret: Wie lässt sich digitale Souveränität mit Innovationsfähigkeit

und wirtschaftlicher Effizienz verbinden? Sehen Sie hier Zielkonflikte?

Ledinger: Abhängigkeiten von Herstellern hemmen die eigene technologische Entwicklung. Auch bestehen Preisrisiken durch monopolistische Anbieter und daraus resultierende Lock-in-Effekte. Das BRZ hat daher etwa ein eigenes Large Language Model-as-a-Service entwickelt. Im Rahmen unseres EURITAS-Engagements versuchen wir zudem, verstärkte Interoperabilität im Cloud-Bereich zu ermöglichen.

Datenschutz konkret: Wie positioniert sich das BRZ im Hinblick auf europäische Cloud-Initiativen und souveräne Cloud-Lösungen?

Ledinger: Teil der Bemühungen um digitale Souveränität ist der Trend zur Geopatriation, also zur Rückverlagerung kritischer Daten und Workloads in den eigenen Rechtsraum oder auf lokale Infrastrukturen. Moderne Ansätze setzen auf hybride Modelle: Während unkritische Dienste weiterhin globale Skaleneffekte nutzen, werden kritische Dienste, etwa im Verwaltungsumfeld, durch lokale Hochleistungsinfrastrukturen gesichert. Die Verbindung aus technologischer Autonomie und physischer Datenpräsenz garantiert letztlich nicht nur die Einhaltung europäischer Standards wie des AI Acts, sondern stärkt auch die operative Resilienz gegenüber globalen Lieferkettenrisiken.

Geopolitische und damit einhergehende technologische Abhängigkeiten sind nach Möglichkeit zu reduzieren bzw. am besten ganz zu eliminieren.

Datenschutz konkret: Welche Rolle spielt digitale Souveränität im Zusammenhang mit der KI-Entwicklung und Datennutzung in Österreich und in Europa?

Ledinger: Europa und Österreich können Künstliche Intelligenz nur dann strategisch,

vertrauenswürdig und wirtschaftlich einsetzen, wenn sie die Kontrolle über Daten, Infrastruktur, Modelle und Governance behalten. Der „KI-Kontinent“-Aktionsplan der Europäischen Union verknüpft daher ausdrücklich Wettbewerbsfähigkeit, Vertrauen und Grundrechte.

In Europa bedeutet digitale Souveränität in diesem Bereich vor allem, Abhängigkeiten von außereuropäischen Cloud-, Daten- und KI-Anbietern zu reduzieren, ohne den Zugang zu Innovationen abzuschneiden. Der politische Kern ist daher nicht Abschottung, sondern die Fähigkeit, selbst zu entscheiden, wo sensible Daten verarbeitet werden, welche Systeme eingesetzt werden und welche Standards gelten.

Europa verfolgt bewusst einen anderen KI-Pfad als etwa die USA oder China. Der Fokus liegt auf vertrauenswürdiger, erklärbarer und rechtskonformer KI sowie auf der starken Verankerung von Grundrechten, Datenschutz und Haftungsfragen.

Für IT-Dienstleister bedeutet dies die Notwendigkeit, KI-Entwicklung systemisch zu denken. „Move fast and break things“ ist kein tragfähiges Geschäftsmodell. Langfristiges Vertrauen wird zum Wettbewerbsvorteil.

Datenschutz konkret: Wie wichtig ist europäische Zusammenarbeit und welche zukunftssträchtigen Kooperationen gibt es bereits?

Ledinger: Digitale Souveränität ist in Europa praktisch nur im Verbund erreichbar. Weder die einzelnen Mitgliedstaaten noch der Markt allein bieten die dafür nötige Skalierung, Interoperabilität und Investitionskraft. Dazu kommt, dass die Europäische Union eine europaweite Cloud-Politik für Verwaltungen und Beschaffung anstrebt.

Als wichtige europäische Kooperation ist bspw. das IPCEI-CIS/8ra-Projekt zu nennen, in dessen Rahmen ein Multi-Provider-Cloud-Edge-Verbund aufgebaut wird, um die Abhängigkeit von nicht-europäischen Infrastrukturen zu reduzieren. Das GAIA-

X-Projekt wiederum konzentriert sich 2026 auf Konzepte zu realen Datenräumen und digitalen Ökosystemen.

Ende 2025 wurde das Digital-Commons-EDIC-Projekt etabliert. Damit soll erstmals eine gemeinsame Struktur für digitale Gemeingüter und wiederverwendbare öffentliche digitale Bausteine in Europa geschaffen werden. Erst jüngst startete die Europäische Kommission das mit 75 Millionen Euro dotierte EURO-3C-Projekt mit dem Ziel, eine föderierte Telco-Edge-Cloud als Infrastruktur für KI, 6G, Cyber- und Industrieanwendungen aufzubauen. Nicht zu vergessen das weiterhin laufende EuroHPC/AI Factories-Projekt, das die europäische Rechen- und KI-Souveränität mit öffentlich kontrollierter Hochleistungsinfrastruktur stärken soll.

Datenschutz konkret: Wo sehen Sie die Stärken und Schwächen Österreichs am Weg zu mehr digitaler Souveränität?

Ledinger: Als relativ kleiner Markt sind wir besonders abhängig von großen internationalen Cloud-, Plattform- und Software-Anbietern. Eine weitere Hürde ist die Konsolidierung der IT-Landschaft in Verwaltung und kritischer Infrastruktur, weil Souveränität nur funktioniert, wenn Beschaffung, Governance und Betrieb gemeinsam gedacht werden.

Ende 2025 hat die Bundesregierung daher ein Maßnahmenpaket zur Stärkung der digitalen Souveränität beschlossen. Darin bekennt man sich zur Nutzung von Open-Source-basierten Alternativprodukten, zur Intensivierung von Kooperationen und Standards auf nationaler und internationa-



Roland Ledinger im Gespräch mit Hans-Jürgen Pollirer © Eva Puella

ler Ebene sowie zur Stärkung digitaler Kompetenzen.

Ausdrücklich angeführt ist die souveräne Cloud-Infrastruktur im BRZ. Darüber hinaus wird eine nationale Rahmenvereinbarung für Cloud-Dienste der öffentlichen Verwaltung angestrebt, ebenso wie die Einführung einer sicheren Behördenkommunikation zum geschützten Informationsaustausch und einer gemeinsamen KI-Infrastruktur. Eine solche haben wir seitens des BRZ eben mit dem bereits erwähnten LLM-as-a-Service entwickelt.

Datenschutz konkret: Wenn Sie einen Wunsch an Politik und Wirtschaft formulieren könnten: Welche Maßnahmen wären

aus Ihrer Sicht notwendig, um die digitale Souveränität Österreichs zu stärken?

Ledinger: Positiv anzumerken ist, dass die Notwendigkeit der Stärkung der digitalen Souveränität bereits früh erkannt wurde und nun auch aktive Umsetzungsschritte gesetzt werden. Es bedarf einer starken gemeinsamen Anstrengung, sowohl innerhalb der Ressorts in Österreich als auch auf europäischer Ebene. Die Konsolidierung der IT-Landschaft in der Verwaltung ist ein wichtiger Schritt, der die Stärkung unserer digitalen Souveränität unterstützen würde. Dafür braucht es aber auch die notwendigen Ressourcen zur Umsetzung, wie die notwendigen Budgets und Kompetenzen.

Dako 2026/26

Zum Thema

Über den Interviewpartner

Ing. Roland Ledinger übernahm 2021 die Geschäftsführung des Bundesrechenzentrums. Bereits seit 2010 ist er darüber hinaus Präsident der Arbeitsgemeinschaft Datenverarbeitung (ADV) sowie seit 2022 Vizepräsident der EURITAS (European Association of Public IT Service Providers). Ursprünglich in der Privatwirtschaft tätig, arbeitet Ledinger seit 1987 in verantwortlichen Funktionen in der Bundesverwaltung. Von der Einführung des elektronischen Akts im Bund über die Leitung der IT-Rechenzentren und der IKT-Strategie des Bundeskanzleramts bis zur Leitung der Gruppe eGovernment im Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort war Ledinger in verschiedenen Funktionen tätig. Ab 2005 koordinierte er die Plattform Digitales Österreich.

E-Mail: kundenservice@brz.gv.at

Fact Box Bundesrechenzentrum

Das BRZ ist der marktführende Technologiepartner des Public Sector in Österreich. Als Full-Service-Provider entwickelt und betreibt das BRZ flexible, automatisierte IT-Lösungen zu wettbewerbsfähigen Preisen. Das BRZ wurde auf Basis des Bundesgesetzes über die Bundesrechenzentrum GmbH im Jahr 1997 aus dem Bundesrechenamt ausgegliedert und ist seitdem eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Eigentümer ist die Republik Österreich, seit 2022 vertreten durch das Bundesministerium für Finanzen.

Internet: www.brz.gv.at